



- [Teilen](#)
- [Drucken](#)
- [Als PDF speichern](#)

[Zurück zur Übersicht](#)

Pressemitteilung

Weitere (Ehren-)Amtszeit in der Flüchtlingserstaufnahme

06.03.2024

Regierungspräsidentin Sylvia M. Felder ernennt Herrn Reinhard Niederbühl erneut zur ehrenamtlichen Ansprechperson für die Ombudsstelle



Regierungspräsidium Karlsruhe

Regierungspräsidentin Sylvia M. Felder hat am Mittwoch, 6. März 2024, Herrn Reinhard Niederbühl für eine weitere Amtszeit bis Ende 2025 zur „Ehrenamtlichen Ansprechperson für die Ombudsperson in der Flüchtlingserstaufnahme“ im Regierungsbezirk Karlsruhe ernannt.

Herr Niederbühl hat dieses Ehrenamt bereits in den vergangenen vier Jahren mit großem persönlichen Engagement ausgeübt und bleibt nun auch weiterhin erste Ansprechperson für die verschiedenen Anliegen von Geflüchteten und anderen Akteuren in der Erstaufnahme. In dieser Funktion unterstützt er die im Ministerium der Justiz und für Migration angesiedelte Ombudsstelle für die Flüchtlingserstaufnahme in Baden-Württemberg.

„Wir freuen uns sehr, dass Herr Niederbühl seine ehrenamtliche Tätigkeit im Regierungsbezirk Karlsruhe fortsetzt. Mit seiner Erfahrung und seinem großen persönlichen Engagement ist er für das Regierungspräsidium Karlsruhe eine wertvolle Unterstützung bei der Aufnahme, Versorgung und Betreuung von Geflüchteten“, so Regierungspräsidentin Sylvia M. Felder.

Als ehemaliger Leiter des Allgemeinen Sozialen Dienstes einschließlich der Schulsozialarbeit der Stadt Karlsruhe kann Niederbühl bei der Erfüllung seiner Aufgaben auf eine langjährige berufliche Expertise in der Sozial- und Verwaltungsarbeit zurückgreifen.

Hintergrund

Die Ombudsstelle für die Flüchtlingserstaufnahme ist Ansprech-, Mittler- und Unterstützungsstelle bei Fragen der Unterbringung, Versorgung und Betreuung von Flüchtlingen in den Erstaufnahmeeinrichtungen des Landes. Sie kann von Flüchtlingen und Ehrenamtlichen, aber auch von Mitarbeitenden aus Organisationen, Institutionen und zuständigen Behörden sowie von Nachbarn und Anliegern aus der Umgebung von Landeserstaufnahmeeinrichtungen konsultiert werden. Aktuell ist Klaus Danner als Ombudsperson für das Land Baden-Württemberg tätig. Er ist mit seiner

Geschäftsstelle im Ministerium der Justiz und für Migration angesiedelt. Zu seiner Unterstützung gibt es in jedem der vier Regierungsbezirke eine ehrenamtliche Ansprechperson bei dem jeweiligen Regierungspräsidium.

Weitere Informationen zur Ombudsperson für die Flüchtlingserstaufnahme

Bild: Regierungsvizepräsidentin Gabriela Mühlstädt-Grimm; Dr. Jochen Zühlcke, Abteilungspräsident; Reinhard Niederbühl; Regierungspräsidentin Sylvia M. Felder

Kategorie:

Abteilung 9 Asyl- und Ausländerrecht Flüchtlinge Landeserstaufnahmeeinrichtung